



9. HEFT / SEPTEMBER 1907

OTTO HUE • ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG IN ESSEN



M Mittelpunkt der rheinisch-westfälischen Grossindustrie wird dieses Jahr der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands zusammen-treten. Ich weiss, manche auswärtige Genossen sind wenig erbaut davon, in die *grosse Kohlenkiste* reisen zu müssen, wo als Wahrzeichen ein Schornsteinmeer aufragt, die Sonne verfinstert wird durch unendlichen Industrier Rauch. Aber ist es für die Delegierten aus allen Gauen Deutschlands nicht belehrend, die Bedingungen kennen zu lernen, unter denen die Parteigenossen im grössten europäischen Industriegebiet den Kampf zu führen haben? Ich hoffe, sie werden sich im rheinisch-westfälischen Industriebezirk recht angelegentlich umsehen und ihre freie Zeit benutzen, um Land und Leute, die beispiellos gewaltige Ansammlung von Proletariern, die stolzen Zwingburgen des Kapitalismus kennen zu lernen.

Gleich auf dem Wege vom Bahnhof zum Parteitaglokal werden unsere Gäste zwei Gebilde betrachten können, die in der deutschen Wirtschaftsgeschichte eine hervorragende Rolle spielen: das Verwaltungsgebäude des Kohlen-syndikats und den Palast des *Bergbaulichen Vereins*. Dort präsidieren die Kommandeure der deutschen Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie. Das Kohlen-syndikat verfügt über 50 % der deutschen, über 60 % der preussischen Kohlen-förderung, gibt den Ton an bei der Preisbemessung auf dem Brennstoffmarkt. Die Matadore des *Bergbaulichen Vereins* sind auch zugleich die Führer des Stahlwerksverbandes. 46 % der Produkte A und 57 % der Produkte B im Stahlwerksverband entstammen den rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerken. Kohle und Eisen, die mächtigsten Hebel der Volkswirtschaft, sind den rheinisch-westfälischen Industriekönigen untertan. Sie bilden das Rück-grat des *Zentralverbandes deutscher Industrieller*, der so oft schon unheilvoll in die Speichen der Regierungsmaschine griff. Was ist neben den Herren Kirdorf, Stinnes, Krupp, Krabeler, Thyssen usw. ein Staatsminister? Die *Hibernia*-Affäre zeigte die preussische Regierung zurückweichend vor der zentralisierten Macht der Industriellen und Bankiers. Das Ausbleiben von Schutz-

gesetzen für die Arbeiter in der höchst gefährlichen Bergwerks- und Hüttenindustrie beweist die selbstbewusste Hauptregierung der Industriekönige.

Nicht vergessen dürfen die Parteitagsdelegierten, sich, wenigstens von aussen, die ungeheuren Anlagen der Firma Krupp anzusehen. In ihrer Essener Hauptfabrik waren 1906 mit Beamten 35 745 Personen beschäftigt. Wer die Massen nach Schichtschluss aus den Fabrikturen strömen sieht, bekommt einen Begriff von dem hohen Grade der hiesigen kapitalistischen Konzentration, mag sich aber auch vorstellen, welche Riesenarbeit die Ruhrgebietsgenossen zu leisten haben, wie kolossal die zu überwindenden Widerstände sind. Auf den Ruhrzechen schaffen etwa 300 000 Bergleute. Davon ungefähr 220 000 unterirdisch, abgeschlossen vom Sonnenlicht, entrückt dem Tagesgetriebe, in dem sich epochale Ereignisse abspielen können, ohne dass der grösste Teil der Erdunterwähler sich dessen bewusst wird. Herangeschleppt, zusammengeballt in Werkwohnungen, werden Zehntausende und Aberzehntausende von Proletariern, die in ihrer Heimat in der grössten Bedürfnislosigkeit leben mussten, im neuen Arbeitsfeld das Kulturniveau nicht heben können. Wir müssen auch an diese heran, immer wieder heran an die neue Flut der Zuzügler. 1906 stammten allein von den Bergarbeitern im Ruhrgebiet 34 % aus dem äussersten Ostelbien; 7,24 % entstammten dem Auslande. In manchen Bezirken ist nicht die Hälfte der Arbeiter einheimisch, sondern aus Ostelbien und dem Auslande zugezogen. Zehntausende von Galiziern, Italienern, Slowenen, Kroaten, Russen usw. sind ausserdem auf den Hochöfen-, Eisen- und Stahlwerken, bei den Bauten beschäftigt. In manchen Ortschaften herrscht ein Sprachgewirr, dass ein Fremder geneigt ist, zu glauben, er befinde sich nicht mehr auf deutschem Boden. Die Bevölkerung ist ganz exzeptionell angewachsen. Auf dem Gebiete der heutigen Grosse Stadt Essen wohnten 1880 erst 82 000 Menschen, jetzt sind es über 240 000. Der Handelskammerbezirk Essen beherbergte 1880 erst 174 000 Einwohner; jetzt sind es beinahe 500 000.

Unaufhörlich fluten die Massen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hin und her. Das schon erschwert unsere politische und gewerkschaftliche Organisationsarbeit ungemein. Die Individuen würfeln durcheinander, die Bande der Organisation und Disziplin werden leicht gesprengt. Ein unbeschreibliches Volksgemisch ist entstanden. Das ist der Stoff, aus dem wir Staatsbürger und Gewerkschaftsgenossen bilden müssen. Ich wünschte schon längst, diejenigen Parteigenossen, die gern alles von der Studierstube aus schematisieren, liessen sich einmal im Ruhrrevier, im Saarbecken oder in Oberschlesien nieder. In diesen Industriezentren muss sich das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung erfüllen. Hier sind die Mittel zu studieren, unter denen wir Preussen-Deutschland aus einem verkappten Zarat zunächst in ein modern-konstitutionelles Gemeinwesen umwandeln können. Hier kann auch am besten studiert werden, wie weit die ausschlaggebenden Massen der Industriearbeiter schon befähigt sind, selbst ihr Schicksal zu gestalten.



IN Seitenstück zur Fastnachtswahl von 1887 hat die Reichstagswahl vom 25. Januar 1907 gebracht. Darüber waren selbst solche Parteigenossen höchlichst erstaunt, die nicht gerade zu den Optimisten gehörten. Diejenigen unter uns, die von einem unaufhaltsamen Siegeszug träumten, wurden erst recht überrascht. Zumal ihnen die Wahl-situation durchaus günstig erschien. Hat unsere Partei agitatorisch und tak-

tisch alles getan, um dieses Wahlergebnis zu vermeiden? Ist nach 1903 bei den Kundgebungen der Partei, bei ihren Debatten und Beschlüssen stets auf ihre Werbekraft Rücksicht genommen worden? Haben unsere experimentierlustigen und diskutierfrohen Parteigelehrten sich stets vor Augen gehalten, dass wir trotz des grossen Wahlsieges von 1903 eine *Minderheitspartei* blieben, die, wenn sie politisch Einfluss haben will, sich die Tür zu den Nachbarparteien nicht verrammeln darf? Diese Fragen stellen heisst sie verneinen.

In den Ruhrgebietswahlkreisen ist die Sozialdemokratie erst seit verhältnismässig kurzer Zeit eine nicht zu verachtende Macht geworden. 1877, als wir im Königreich Sachsen schon glänzende Wahlsiege erfochten, wurden in den Kreisen Dortmund, Bochum, Recklinghausen-Borken, Essen und Duisburg zusammen nur 11 687 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Im Jahre 1903 waren es 127 394; am 25. Januar 1907 fielen hier 151 721 Stimmen für uns. Gewiss, ein imposanter Zuwachs. Vergessen wir aber nicht, dass, wenn alle in der Hauptwahl nicht für uns stimmenden Wähler unter den Begriff *reaktionäre Masse* zu rubrizieren wären — was manche Parteigenossen zu gern tun — wir im Ruhrgebiet, auch in anderen Landesteilen, kein einziges Mandat hätten hereinbringen können. Ich habe genau vor Jahresfrist in den *Sozialistischen Monatsheften*, unter dem Eindruck der persönlichen Erfahrungen in dem Wahlkampf um Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm, geraten, so zu operieren, dass wir die unleugbar vorhandenen starken liberalen Strömungen in den nichtsozialdemokratischen Wählermassen nicht in das reaktionäre Flussbett drängen. Wer den Wahlkampf in Altena-Iserlohn mitgemacht, weiss, wie eine Wahlsituation, die uns als Genossen der Klerikalen (*schwarz-rotes Kartell*) verdächtigt, alle bürgerlichen Opponenten wider Konservatismus und Klerikalismus gegen uns aufbringt. Aus Westdeutschland ist gegen die Stichwahlparole des Parteivorstandes lebhaft protestiert worden. Sie war das natürliche Ergebnis der politischen Konstellation. Aber wieviel sozialdemokratischer war der Stichwahlruf unserer österreichischen Parteileitung! Ihre Parole hiess klipp und klar *Gegen Konservative und Klerikale, für die liberalen Parteigruppen!* Unsere Parteigenossen im Ausland kämpften bei Wahlen gegen alle rechtsstehenden Parteien. Wir aber kamen in die Zwangslage, derjenigen Partei wenigstens passiv Wahlhilfe zu leisten, die die konservativste aller ist: dem Zentrum. Von den paar demokratischen Elementen, die in der Zentrumsleitung sitzen, haben sich nicht wenige Parteigenossen zu der Annahme verführen lassen, das Zentrum sei eine volksfreundliche Oppositionspartei. Das war nie der Fall. Das Zentrum hat mit demagogischen Mitteln die zeitweilige Opposition nur organisiert, um das klerikale Gesellschaftsideal zu verwirklichen.

Wer die Zentrumssozialpolitik studieren will, der suche die deutschen Landesteile auf, wo die kapitalkräftige Bourgeoisie und der Hochadel katholisch ist. Dort sitzen die eigentlichen Dirigenten der klerikalen Partei. Dass diese den politischen und gewerkschaftlichen Wünschen der katholischen Arbeiter fanatisch entgegenwirken, ist auch diesen Arbeitern nicht unbekannt geblieben. Sogar im Ruhrgebiet, wo sich die Zentrumsagitation den billigen Ruhm der *Arbeiterfreundlichkeit* erwarb, weil hier die Bourgeoisie und das Unternehmertum antiklerikal, meistens lutherisch-evangelisch ist, hier selbst haben notorisch

gleich bei der Hauptwahl 1907 in den Kreisen Bochum, Dortmund und Duisburg viele *bessere* katholische Bürger gegen die aus der katholischen Arbeiterschaft stammenden Zentrums kandidaten gestimmt, wodurch sie hinter den Nationalliberalen zurückblieben. In Essen mussten 1877 die katholischen Arbeitervereine in einem sehr erbitterten Wahlkampfe gegen den adeligen Zentrums kandidaten den Arbeiterkandidaten Stötzel durchdrücken. Ausdrücklich unterschied damals das Organ der offiziellen Zentrumspartei, die *Essener Volkszeitung*, zwischen der »konservativen Volkspartei« des Zentrums und der »sogenannten *christlich-sozialen Arbeiterpartei*« des Herrn Stötzel. Also selbst zur Zeit des heftigsten Kulturkampfes die Betonung, das Zentrum sei konservativ gegenüber der nach Anerkennung und Gleichberechtigung strebenden katholischen Arbeiterbewegung! Und dieser durch und durch konservativen Partei musste die Sozialdemokratie 1907 den Vorzug vor Kandidaten von Parteien mit immerhin fortschrittlicherer Färbung geben!

Wie verhüten wir die Wiederkehr einer solchen Situation? Wenn wir konsequent eine Politik der Isolierung der Konservativen nebst ihren Gesinnungsgenossen und der Klerikalen befolgen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass wir eine Minderheitspartei sind, die eben deswegen schon um ihrer selbst willen verpflichtet ist, alle freiheitlichen Regungen der Volksseele zu pflegen, zu leiten im Interesse der Umgestaltung Preussen-Deutschlands in einen modernen Verfassungsstaat. Das ist doch wohl die nächste politische Aufgabe aller Fortschrittsfreunde in Deutschland.



IE preussische Wahlrechtsbewegung hat einen neuen Anstoss erhalten durch die sich dem Artikel Naumanns im *Berliner Tageblatt* anschliessende lebhaftere Presserörterung. Wie wir uns in dem Wahlrechtskampf zu stellen haben, das sagt der *Vorwärts* am 18. Juli 1907 mit folgenden Worten:

»Die sozialdemokratische Arbeiterschaft bildet zurzeit nur die Minderheit des Volkes. Sie vermag deshalb so lange die Reaktion nicht zu den von ihr erstrebten Zugeständnissen zu zwingen, als sie, ohne selbst die grosse Macht im Staat zu repräsentieren, von den bürgerlichen Parteien, die sich als Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auch für die Einzelstaaten ausgeben, nicht unterstützt wird. Die proletarische Wahlrechtsbewegung in Oesterreich konnte gerade deshalb eine unwiderstehliche Stosskraft entfalten, weil sie von starken bürgerlichen Elementen unterstützt wurde. Sie hätte den Widerstand der wahlrechtsfeindlichen Reaktion wahrscheinlich nicht zu überwinden vermocht, wenn ihr, wie in Deutschland, das gesamte Bürgertum teils direkt feindlich, teils völlig apathisch, wo nicht missgünstig gegenübergestanden hätte. Bei uns in Deutschland aber stand einer viel stärkeren, kampffenschlosseneren Reaktion einzig die Sozialdemokratie gegenüber: die in Frage kommenden bürgerlichen Kreise, Freisinn und Zentrum, beobachteten eine Neutralität, die nicht einmal eine wohlwollende war. Ganz anders hätten sich die Chancen des Sturms gegen das Dreiklassenwahlrecht gestaltet, wenn sich der Freisinn und das Zentrum dieser Bewegung angeschlossen hätten.«

Dazu vorerst einige Randbemerkungen: Wenn unter *sozialdemokratischer Arbeiterschaft* nur Arbeiter im landläufigen Wortsinne verstanden sein sollen, dann kann ich dieser Einengung unserer Partei nicht zustimmen. Wo blieben unsere, sogar an leitender Stelle stehenden Parteigenossen, die entweder aus besitzenden Bürgerskreisen zu uns kamen oder ehemals *bessere* bürgerliche Berufe ausübten? Oder sollen das unsere einzigen Gewinne aus jenen Kreisen bleiben? Warum ist es eigentlich in den letzten Jahren in unserer Parteipresse gebräuchlich geworden, so zu schreiben, als ob wir auf die *bürgerlichen*

Intelligenzen Verzicht leisteten? Die Meinung sollten erst recht nicht die Parteigenossen aufkommen lassen, die selbst aus der *bürgerlichen Intelligenz* stammen. Ich kann keinen Fortschritt darin erblicken, dass in den letzten Jahren vielfach eine parteiverengende Praxis geübt wurde. Sollen wir eine Sekte werden? Auch das ist eine Frage, deren Beantwortung bei einer selbstkritischen Betrachtung des Wahlausfalles vom 25. Januar 1907 ins Gewicht fällt,

Ernsthaft wird wohl auch der *Vorwärts* nicht annehmen, das Zentrum würde neben uns im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht zu finden sein. Das Zentrum ist eine geborene Minderheitspartei in Preussen. Es wird auch unter einem gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht im preussischen Landtag keine wesentlich andere Rolle spielen können, als jetzt. Hierzu kommt aber, dass die Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag den von der konservativen Zentrumsleitung jetzt niedergehaltenen katholischen Arbeitern in Preussen einen massgebenden Einfluss in einer Reihe von Wahlkreisen verschaffen würde. Wer die christliche Gewerkschaftspresse aufmerksam verfolgt, weiss, wie es im Lager der katholischen Arbeiter stürmt und drängt, wie immer lauter der Ruf nach direkter Mitwirkung an der Gesetzgebung erschallt, die Sprache immer revolutionärer wird. Unter der Geltung des Dreiklassenwahlrechts drücken die katholischen agrarischen und industriellen Unternehmer nebst mittelständlichem Anhang den Arbeiter an die Wand. Ist das doch sogar Herrn Giesberts 1905 passiert, als er von den katholischen Arbeitern in Mülheim-Wipperfürth zum Landtagskandidaten präsentiert wurde. Die *besseren Katholiken* warfen Giesberts einfach bei Seite. Wird das Reichstagswahlrecht für den preussischen Landtag eingeführt, dann tritt der Klassengegensatz in der Zentrumspartei auch bei den Landtagswahlkandidaturen schärfer in die Erscheinung. Eine Reihe Kreise wird man den Arbeiterkandidaten geben müssen, gegen die unter den *geborenen* Inhabern der Zentrumsmandate eine grimmige Wut herrscht. Schon darum hat es das Zentrum mit der Wahlreform gar nicht eilig. Es muss nur tun, als ob es reformfreundlich wäre. So, wie die Dinge heute liegen, kann es nach Bedarf mit den gesinnungsverwandten Konservativen im Landtage die Mehrheit bilden, ohne in den kompromittierenden Verdacht einer Regierungspartei *sans phrase* zu kommen. Überdies sind die Klerikalen auch prinzipiell gegen das gleiche Wahlrecht. Sie stimmen ihm nur zu, wenn mit dem demokratischsten Wahlrecht sich — wie noch in Bayern — das klerikale Interesse auch wahrnehmen lässt. Die Illusion, das Zentrum werde für das Reichstagswahlrecht in Preussen kämpfen, darf man gar nicht aufkommen lassen. Der *Vorwärts* hat denn auch in späteren Artikeln das Zentrum ganz richtig als Wahlrechtsfeind gekennzeichnet.

Anders steht es mit den Parteigruppen, die nur durch ein besseres Wahlrecht gewinnen können. Das sind ausser den Sozialdemokraten die linksliberalen Freisinnigen und diejenigen unter den Nationalliberalen, die von dem Jungliberalismus getragen werden. Darum appelliert der *Vorwärts* folgerichtig an die »bürgerlichen Parteien«, die gleich den österreichischen Liberalen im eigenen Interesse für eine Wahlrechtsreform eintreten wollen. Wir bilden »zurzeit nur die Minderheit des Volkes«, schreibt der *Vorwärts*. Wenn wir uns dieser Wahrheit nur stets bei Parteitagbeschlüssen, Parteidiskussionen und

Parteiaktionen erinnern wollten, so kämen wir von selbst auf den Weg, der uns den vom *Vorwärts* angerufenen Bundesgenossen näher bringt. Dann entfesselten wir die noch latenten Kräfte in der freiheitliebenden Wählerschaft, die unzweifelhaft die Volksmehrheit bildet. Diese Mehrheit wird so zu dem ihr gebührenden politischen Einfluss kommen; die unausbleiblichen Erfolge verleihen der Freiheitsbewegung erneuten Schwung. Ohne positive Erfolge, sichtbar und fühlbar den Massen, gerät auch die ausgezeichnetste Bewegung in das stagnierende, abflauende Stadium. Wollen wir unsere historische Mission erfüllen, so ist dem unpolitischen Brauch zu entsagen, mit einer Minderheit die Politik einer Mehrheitspartei machen zu wollen. Die besonders seit 1903 uns lebhaft empfohlene Taktik der Selbstisolierung hat uns leider selbst dort Feinde geschaffen, wo natürliche Sympathien für den Sozialismus vorhanden sind. Welche Taktik im einzelnen einzuschlagen ist, um unsere Partei aus dieser Isolierung zu bringen, das ist mehr Sache interner Beratung, als öffentlicher Diskussion. Der Gebrauch, über alles und jedes lang und breit zu diskutieren, passt nicht einmal für eine Mehrheitspartei, viel weniger für eine Minderheit. Warum sind die Gewerkschaften in den letzten Jahren mehr und mehr dazu übergegangen, über die Taktik bei Lohnbewegungen im internen Kreise zu beraten? Weil die andere Methode einer *glänzenden* Kavallerieattacke gegen wohlgeschützte Infanterie und Artillerie entspricht. Als ob es jetzt noch auf schön stilisierte Resolutionen, geistreiche Entrefilets und schwungvolle Reden ankäme!

Durchaus korrekt schreibt der *Vorwärts* am 11. August in seiner Polemik gegen freisinnig-liberale Blätter:

»Wir fürchten . . . nicht nur nicht, sondern wünschen aufs heisseste, dass der Liberalismus seine Versprechen wahr macht und für das Wahlrecht kämpft! Wir halten es für durchaus möglich, dass der *entschiedene Liberalismus* dabei erstarkt. Wir fürchten das um so weniger, als wir meinen, dass dieses Erstarken des Liberalismus nicht auf Kosten der Sozialdemokratie erfolgen wird, da sie sich schwerlich an Mut und Entschiedenheit in diesem Kampfe übertrumpfen lassen. Wir fürchten so wenig die Konkurrenz, dass wir glauben, gar nicht genug Konkurrenten haben zu können. Wir hoffen ja sogar, auch noch die widerstrebenden Liberalen zur Teilnahme zwingen zu können, wobei uns das *Berliner Tageblatt* und die übrige Freisinnspresse nur unterstützen soll! Wenn der Liberalismus erstarkt, so kann er das und wird er das vielleicht auf Kosten der *minder entschiedenen* Liberalen und der unverkappten Reaktionäre. Auch das ist uns durchaus erwünscht, da dadurch die Möglichkeit einer stetigen politischen Weiterentwicklung wahrscheinlicher wird.«

Den selben Gedankengang habe ich vor Jahresfrist in dieser Zeitschrift entwickelt. Unsere Presse muss ihre Polemik aber auch so einrichten, dass sie den *entschiedenen Liberalismus* nicht abstößt, sondern ihm das Brückenschlagen ermöglicht. Was soll bei einer Bewegung für Wahlrechtsreform herauskommen, wenn die auf einander angewiesenen Parteien das trennende Wasser noch tiefer graben? Selbstverständlich sage ich das auch hinsichtlich der Schreibweise der meisten freisinnig-liberalen Zeitungen. Was ich vor einem Jahr hier schrieb und jetzt wieder zu bedenken gebe, darüber denken eine ganze Reihe unserer bekanntesten Parteigenossen — und nicht nur *Revisionisten* — ebenso, wie ich. Mit Freuden begrüße ich, dass der *Vorwärts* die Möglichkeit und Nützlichkeit einer sozialdemokratisch-freisinnig-liberal-demokratischen Koalition zwecks Zurückdrängung der konservativ-klerikalen Reaktion ausdrücklich betont. Und ein Wort zur rechten Zeit war die am 11. August

auf der Parteikonferenz von Gross Berlin von unserem Parteivorsitzenden Singer abgegebene Erklärung:

»Der sozialdemokratische Parteivorstand ist fest entschlossen, bürgerliche Parteien, die ehrlich und entschieden in den Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den preussischen Landtagswahlen eintreten, hierbei mit allen Kräften zu unterstützen.«

Dem Beifall, den die Berliner Parteigenossen dieser hochwichtigen Erklärung zollten, werden sich die Parteigenossen in ganz Deutschland anschliessen.



ESETZT nun den Fall, ein besseres Wahlrecht wird in Preussen erkämpft, wie verhält es sich dann mit der von einflussreichen Parteiorganen geübten Methode, unsere Beteiligung am Parlamentarismus hauptsächlich der *Agitation* wegen, gewissermassen als ein notwendiges Übel zu charakterisieren? Wozu einen opfervollen Kampf um das Wahlrecht, wenn wir es bestenfalls nur zu *Demonstrationen* benutzen sollen? Wenn unsere zukünftigen Vertreter im preussischen Landtag so handeln sollen, dass sie mehr den Allüren der *Anarchosozialisten* Rechnung tragen, als der Notwendigkeit, zu gunsten des arbeitenden Volkes direkten politischen Einfluss zu gewinnen, wozu denn erst in den schweren Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht eintreten? Um der *Agitation* willen? Dazu brauchen wir die preussische Landtagstribüne nicht. Die Tätigkeit unserer Parlamentsvertreter ist von einem Teil unserer Presse wiederholt sehr erschwert worden, die ohne Rücksicht auf die derzeitige Situation ihnen *prinzipielle Entgleisungen* vorwarf. Wo soll nicht überall das *Prinzip* verletzt worden sein! Bebel erklärte in der Etatsdebatte 1904, im Falle einer Bedrohung unserer Grenzen, »sind wir bis zum letzten Mann, und selbst die Ältesten unter uns, bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unsern deutschen Boden zu verteidigen«. Wegen dieser Worte, die ich vollständig unterschreibe, ist Bebel als *Militarist* gekennzeichnet worden. Man kann daher nicht scharf genug betonen: Nationalbewusstsein — nicht Nationalismus — ist nicht antisozialdemokratisch. Wer auch nur den Anschein erweckt, dass es anders wäre, treibt dem Hurrachauvinismus Wasser auf die Mühle.

Was die Kolonialpolitik anlangt, so hat Genosse Bebel in seiner Reichstagsrede am 3. Dezember 1906 die Bereitwilligkeit der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen, eine von humanitärem, zivilisatorischem Geiste getragene Kolonialpolitik zu unterstützen. Auch darin hat man mittlerweile einen Verstoß gegen das *Prinzip* entdeckt. Wohl des Prinzips, alles in Bausch und Bogen abzuurteilen? Das führt allerdings konsequent zum anarchistischen Antiparlamentarismus. Bebels Worten hat kein Fraktionskollege widersprochen; sie waren korrekt. Würde nur demgemäss stets die Kolonialpolitik von allen unseren Parteiorganen behandelt worden sein, den Kolonialfanatikern und Koloniallieferanten wäre es nicht so leicht geworden, den Wählern die Ablehnung der Regierungsforderung vom 13. Dezember 1906 als eine *nationale Schmach* zu denunzieren.

In der Handelspolitik kamen wir glücklich so weit, dass die weitesten Kreise der Parteigenossen jetzt der Ansicht sind, die Sozialdemokratie sei prinzipiell gegen jeden Schutzzoll. Man soll nur hören, wie in Parteiversammlungen über unsere *prinzipielle* Stellung zu Freihandel oder Schutzzoll referiert wird! Danach wären wir prinzipielle Freihändler, und wer anderer Meinung ist, der gilt

nicht mehr als voll. Nun wird aber niemand aus den Werken unserer anerkannten Theoretiker nachweisen können, dass wir prinzipiell Freihändler sein müssen. In den ersten parlamentarischen Kämpfen um den Schutzzoll haben unsere Parteigenossen darüber keinen Zweifel gelassen. Schweitzer erklärte in der 9. Sitzung der Reichstagsession 1870, die »vorzeitige Aufhebung eines Schutzzolles« könne die Industrie lahmlegen, den Arbeiter schädigen. Liebknecht sagte am 22. November 1875 im Reichstag, ein Zoll, der die Arbeiter vor ausländischer Schmutzkonkurrenz (Fehlen jeglicher Arbeiterschutzesetzgebung in dem Konkurrenzlande) schütze, wäre »unzweifelhaft gerechtfertigt« und »der Unterstützung eines jeden Sozialdemokraten gewiss«. Im gleichen Sinne sprach Bracke am 23. April 1877 und Bebel am 5. Juli 1879. In der Parteitage-resolution von Gotha /1876/ heisst es, »dass die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, eine praktische Frage sei, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muss«. Hätten unsere Parteimitglieder und unsere Parteireferenten überall und konsequent diese Haltung eingenommen, kein Parteigenosse wäre dann wegen einer bedingt schutzzöllnerischen Auslassung des *Parteierrats* verdächtigt worden, unsere Position gegenüber den hochschutzzöllnerischen Monopolisten und ihren konservativ-klerikalen Helfern wäre eine bessere, der breiten Masse verständlicher gewesen. Wir haben 1907 gesehen, dass trotz der Lebensmittelvertuernden Wirkung der Zölle und Grenzsperre sogar Hunderttausende von Arbeitern gegen uns stimmten. Über dieses Faktum dürfen wir nicht hinwegsehen.

Und dann hat der religiöse Terror vor allen Dingen den Klerikalen die Wählermassen zugetrieben. Die von Most in Berlin 1876 inaugurierte antireligiöse Propaganda hat insbesondere in Rheinland-Westfalen es den Klerikalen leichter gemacht, die damals gegen das agrarisch-konservative Zentrum opponierenden katholischen Industriearbeiter (Aachen und Essen) wieder an die Zentrumsfahne zu fesseln, die angeblich zum Schutz der Religion erhoben wurde. Bebel und Vollmar haben auf dem Parteitag in München die freireligiösen Extravaganzen des Exgenossen Welcker zurückgewiesen, weil nicht in dem Rahmen unserer Partei zulässig. Die *Leipziger Volkszeitung* hat kürzlich den Versuch der *Germania*, den Haeckelschen *Monistenbund* zur sozialdemokratischen Parteisache zu stempeln, energisch abgewiesen. Trotzdem gefallen sich nicht wenige Parteigenossen in dem Gehaben, die sozialdemokratische Partei mit irgendwelchen antireligiösen Bestrebungen zu identifizieren. Dagegen muss energisch Verwahrung eingelegt werden. Dass die ehemaligen oder noch aktiven Geistlichen Pflüger, Blumhardt, Ten Brink, Göhre usw. ihr religiöses Bekenntnis ohne Gewissensbisse mit sozialdemokratischer Parteizugehörigkeit vereinbaren können, registriert die Parteipresse mit Genugtuung. Ganz richtig wird daraus gefolgert: Also kann ein gläubiger Christ auch Sozialdemokrat sein! Warum soll es geduldet werden, die Partei mit antireligiösen Extravaganzen zu belasten? Warum den auch nach sozialer Besserung strebenden, religiös gesinnten Massen den Übergang zu uns unmöglich machen? Haben wir nicht schon eine Riesenarbeit zu leisten, wenn wir die Massen zu einer höheren Auffassung ihrer wirtschaftspolitischen Mission erziehen? Warum neue Erschwerungen? So wenig, wie Atheismus identisch ist mit Sozialismus, ebenso wenig ist der Gottesglaube unvereinbar mit sozialdemokratischem Bekennermut.



NSERE Reichspolitik steht im Zeichen des konservativ-liberalen Blocks. Wie lange er hält, darüber leitet die Zentrums Presse unermüdlich, dabei den Reichskanzler liberaler Neigungen verdächtigend. Wie die Dinge zurzeit liegen, muss es dem Zentrum am wohlsten sein. Die Reichsfinanznöte, die angekündigten neuen Steuern sind die Folgen der unter Führung des Zentrums von 1890 bis 1906 hinaufgetriebenen ungedeckten Mehrausgaben. Kann dem Zentrum Angenehmeres passieren, als nun die freisinnig-liberalen Parteigruppen im Block für die Deckung der Zentrumschulden sorgen zu lassen? Eifrig ist die Zentrums Presse dabei, die Reichsfinanzlage grau in grau zu malen, das Volk scharf zu machen gegen neue Steuern, die Freisinnigen als Regierungsschutztruppe zu denunzieren. Wer die Vorgänge kennt, ersieht aus der raffinierten Zentrumstaktik, wessen diese Partei fähig ist. Das Zentrum hat alles Interesse daran, den Block wenigstens so lange für die Regierung arbeiten zu lassen, bis er die durch die Zentrumsmisswirtschaft dringend gewordene Mehrbesteuerung des Volkes durchgeführt hat. Ist der freisinnig-liberale Blockflügel dadurch genügend in den Augen des Volkes kompromittiert, dann wird sich auch im Reichstag die konservativ-klerikale Blockbildung vollziehen, wie im preussischen Landtag dieses Frühjahr in Sachen der Beamtenghälterzulagen. Wer mit dem Volke Fühlung hat, weiss, wie unpopulär die angekündigten neuen Steuern dort sind. Dem Zentrum konnte gar kein besserer Gefallen getan werden, als es gerade jetzt in die *Opposition* zu drängen.

Gelingt es dem Freisinn nicht, handgreifliche Gegenleistungen für seine Mitarbeit im Block den Wählern zu präsentieren, dann droht ihm bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen ein Debacle. Darauf arbeitet das Zentrum systematisch hin. Nachdem nun die *Freisinnige Zeitung* und die Herren Nauemann und Schrader als Gegenleistung von Bülow die Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag gefordert haben, die Forderung in den freisinnig-liberalen Wählerkreisen naturgemäss lebhaften Widerhall gefunden hat, ist das Schicksal des Blocks oder auch der freisinnig-liberalen Parteigruppen untrennbar mit der Wahlrechtsreform in Preussen verknüpft. Und da sich erst recht unsere Partei nicht nehmen lassen wird, die Wahlrechtsfrage in den Mittelpunkt der politischen Erörterung im Lande zu stellen, so werden schon durch uns die freisinnig-liberalen Wähler mit in die Wahlrechtsbewegung gerissen. Von langem Hinziehen der Entscheidung kann keine Rede mehr sein. Mit dem *Denken* des Reichskanzlers werden sich die aufgerüttelten Gegner des Dreiklassenwahlrechts — dazu gehören vor allen Dingen die Arbeiter, gleichgültig, in welchem Lager sie jetzt stehen! — nicht mehr begnügen. Weil der freisinnig-liberale Flügel im Block das Zünglein an der Wage bildet, würde sein Abschnen in das regierungsoptionelle Lager das Ende des Blocks, das Ende der Mehrheit vom 25. Januar und 5. Februar 1907 bedeuten. Was dann? Reichstagsauflösung? Oder Einschnen des nach der Regierungssonne unter allen Umständen sich sehnen den aristokratischen Zentrumsteiles in den Block, also Auseinanderfallen des Zentrums? Ob so oder so, in beiden Fällen können die linksliberalen Parteien und die Sozialdemokraten nur gewinnen, wenn sie gemeinsam an das nach innerpolitischen Reformen lechzende Volk appellieren. Dass dieser Appell ein Echo von ungeahnter Stärke haben, die Parole *Für das allgemeine, gleiche,*

direkte Wahlrecht auch in Preussen! bis tief hinein in die Kolonnen der noch dem Zentrum anhängenden katholischen Arbeiter aufrüttelnd wirken würde, darüber bin ich nicht im Zweifel. Ich weiss, wie es dort gärt.

Bereiten wir uns vor! In Essen müssen kluge Worte von Gewicht gesprochen werden, die denen entsprechen, die unser Parteigenosse Singer in der Parteikonferenz von Gross Berlin sprach. Zusammenfassen der freiheitlichgesinnten Staatsbürger, keine Einengungspolitik, Ausbreitung der Kampffront, eine Politik, die uns Freunde und Bundesgenossen wirbt: so muss der Parteitag entscheiden. In Essen haben vor dreissig Jahren die katholischen Arbeiter einem ihrer Klassengenossen zum Siege über die Zentrumsaristokratie verholfen. Ein Sieg der Demokratie über die Privilegierten. Historischer Boden ist es, den unsere Parteitagsdelegierten betreten, es tobten da schon heisse Kämpfe um die Volksemanzipation. Wie glücklich wären wir, wenn in der Proletarierstadt Essen eine Parole ausgegeben würde, die unzweideutig die Schlachtlinie aller Freiheitsfreunde formierte gegen Konservatismus und Klerikalismus!

XX

WILHELM KOLB · VON DRESDEN BIS ESSEN



IER Jahre sind ins Land gegangen, seit man auf dem Parteitag in Dresden mit überwältigender Majorität über den *Revisionismus* ein Urteil fällte, das bald darauf in Amsterdam zu einem internationalen gestempelt wurde. Es gab Genossen, die damals in der Tat glaubten, die *revisionistische* Bewegung sei damit beendet. Indes, mit papiernen Resolutionsen kann man die Realitäten der Politik schwer vernichten. Und Bestrebungen, die in ihrem Kern berechtigt sind, pflegen sich dann am sichersten durchzusetzen, wenn deren Gegner glauben, sie völlig totgeschlagen zu haben.

Was ist der *Revisionismus*? Nach Kautsky eine blossе Stimmung, ein Reflex der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur der letzten Jahre; seine Vertreter sind Leute, die die Macht des kapitalistischen Klassenstaates ebenso sehr überschätzen, wie sie die des organisierten klassenbewussten Proletariats unterschätzen, und weil sie das tun, wollen sie die durch die Natur der kapitalistischen Gesellschaft geschaffenen sozialen und politischen Gegensätze überbrücken und eine Annäherung zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien herbeiführen. Ist der *Revisionismus* aber eine blossе Stimmung, so ist es doch befremdlich, dass man gegen ihn die ganze Partei mobil machen zu müssen geglaubt hat. Und noch verwunderlicher ist es, dass diese Stimmung sich als stärker erwiesen hat, als jenes ganze Aufgebot. Denn das, was man unter dem Sammelnamen *Revisionismus* zu bezeichnen sich gewöhnt hat, ist heute lebenskräftiger, denn je, obgleich oder gerade weil heute nicht mehr so viel davon gesprochen wird. Das Problem, das in Hannover, Paris, Lübeck, München, Dresden und Amsterdam so heisse Kämpfe hervorgerufen hat und durch keinen Beschluss abgetan werden konnte, liegt in dem Widerspruch zwischen der revolutionaristischen Theorie und der evolutionistischen Praxis der Sozialdemokratie. Der ganze Streit ist nichts, als die Verkörperung dieses Widerspruchs gerade in den am meisten vorgeschrittenen Schichten der internationalen sozialistischen Kulturbewegung. Die Debatte in Dresden hat nicht die ganze